

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2018

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Jahresbericht 2017 erschienen	1
Bericht über Sozialpolitik und Hypothekenkredite für Familien	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	2
EU-Fahrplan zu frühkindlicher Bildung – Feedback bis Mitte April möglich.....	2
„Winterpaket“ – Kommission berücksichtigt erstmals Soziale Säule im Europäischen Semester.....	2
Weltfrauentag 2018: EU bekräftigt ihr Engagement für die Gleichstellung	2
EU-Kommission treibt Europäische Säule sozialer Rechte voran	3
Europäisches Parlament fordert Umsetzung der Istanbulkonvention.....	3
Spielzeug führt EU-Liste gefährlicher Produkte an	3
Dreigliedriger Sozialgipfel zur Europäischen Säule Sozialer Rechte	4
Kommission will verstärkt gegen illegale Online-Inhalte vorgehen	4
EU-Schulprogramm: Milch, Obst und Gemüse kostenlos für über 30 Millionen Kinder in der EU.....	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Finnland stärkt Regenbogenfamilien.....	5
Schweiz verlängert Entgeltersatz für Mütter bei Klinikaufenthalt des Neugeborenen	5
Weitere Nachrichten	5
Europarat erneuert Gleichstellungsstrategie	5
Berichte und Studien.....	6
Bericht zur Beteiligung von Vätern an Familienarbeit in Europa.....	6
Geschlecht und Armut in Europa – Bericht des Europäischen Netzwerks gegen Armut.....	6
UNICEF-Bericht „Progress for Every Child in the SDG Era“	6
ETUI-Report „Benchmarking Working Europe 2018“	7
ETUI-Arbeitspapier zur Entwicklung des Sozialen Europas.....	7
EPIC gibt Überblick zu Deinstitutionalisierung	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Jahresbericht 2017 erschienen

COFACE – Families Europe hat ihren Jahresbericht für das Jahr 2017 veröffentlicht. Die COFACE schätzt 2017 als ein wichtiges Jahr für das soziale Europa ein. So sei die Europäische Säule der sozialen Rechte sehr zu begrüßen und insbesondere das Work-Life-Balance-Paket der Europäischen Kommission vom April 2017 sei sehr erfreulich. Im Laufe des Jahres habe man eine starke Koalition europäischer Nichtregierungsorganisationen aufgebaut, die sich gemeinsam für die rasche Verabschiedung der vorgeschlagenen EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf- und Familienleben einsetzt. Der Jahresbericht führt daneben eine Reihe von weiteren Aktivitäten auf und berichtet auch über durchgeführte Veranstaltungen.

➤ [Zum Jahresbericht](#)  

Bericht über Sozialpolitik und Hypothekenkredite für Familien

COFACE – Families Europe hat einen Bericht vorgelegt, der am Beispiel des dänische Hypothekensystems zeigt, wie Familien der Zugang zu Wohnraum erleichtert werden kann, indem es die Interessen der Familien (soziale Eingliederung), der Finanzdienstleister (Rentabilität und Risikoabsicherung) und der Politik (soziale Stabilität) in Ausgleich bringt. Der Zugang zu Wohnraum sei eine zentrale Voraussetzung für die soziale Eingliederung und könne durch verschiedene staatliche Maßnahmen wie Wohngeld, Sozialwohnungen, Eingriffe in den Mietmarkt oder Wohneigentumpolitiken erleichtert werden. Für die Mehrheit der Familien in Europa sei eine Hypothek die einzige Möglichkeit, zu Wohneigentum zu gelangen. Vor diesem Hintergrund fordert die COFACE die Europäische Kommission auf, sich im Rahmen des Europäischen Semesters dafür einzusetzen, dass

- Familien Zugang zu einer verantwortungsvollen Kreditvergabe und -aufnahme erhalten, z.B. durch gründliche Bonitätsprüfungen, umfassende Informationen und eine unabhängige, qualitativ hochwertige Finanzberatung
- Familien Zugang zu bestimmten Finanzprodukten erhalten, wie Hypothekenkrediten, Renten- und Sparprodukten haben, um sicherzustellen, dass sie langfristige Investitionen in ihr Familienleben tätigen können

➤ [Zum Bericht](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Fahrplan zu frühkindlicher Bildung – Feedback bis Mitte April möglich

Die Kommission hat Mitte März einen Fahrplan zum Thema *Quality in Early Childhood Education and Care* (Qualität in der frühkindlichen Bildung und Betreuung) veröffentlicht. Zielsetzung der Initiative ist es, die Versorgung mit frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten in den Mitgliedstaaten auszubauen sowie deren Ausgestaltung zu verbessern und inklusiver auszurichten. Mit der Veröffentlichung von sogenannten *Roadmaps* skizziert die Kommission zum einen die geplanten Vorhaben und den Handlungsbedarf aus ihrer Sicht und bietet zum anderen allen interessierten Parteien auch die Möglichkeit, sich bereits in einem frühen Stadium der Planungen mit einem Feedback zu beteiligen. Rückmeldungen sind bis 16. April 2018 möglich.

➤ [Zur Roadmap](#) 

„Winterpaket“ – Kommission berücksichtigt erstmals Soziale Säule im Europäischen Semester

Am 7. März hat die EU-Kommission ihre Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten der EU – das sogenannte Winterpaket – vorgestellt, die sie regelmäßig im Frühjahr im Rahmen des Europäischen Semesters vornimmt. Sie konstatiert darin zwar ein zufriedenstellendes Wachstum, günstige Wirtschaftsprognosen, eine positive Arbeitsmarktentwicklung und Verbesserungen der sozialen Lage, kritisiert aber, dass die wirtschaftliche Erholung in Europa nicht allen Menschen nütze. Der sozialen Dimension des Europäischen Semesters wurde in diesem Jahr durch die durchgängige Berücksichtigung der Prioritäten der europäischen Säule sozialer Rechte mehr Bedeutung eingeräumt als bisher. In den Länderberichten werden auch die über das sozialpolitische *Scoreboard* erhobenen Daten genutzt, um die Leistungen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales zu verfolgen. Zu den Bereichen, die laut Kommission in einigen Mitgliedstaaten besonderen Anlass zu Besorgnis gäben, zählen die Vermittlung adäquater Fähigkeiten, das anhaltende geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle, eine hohe Arbeitsmarktsegmentierung und das Risiko von Armut trotz Erwerbstätigkeit, die geringen Auswirkungen sozialer Transferleistungen auf die Armutsbekämpfung, das schleppende Lohnwachstum und ein ineffektiver sozialer Dialog. Das Winterpaket fließt nun in die bis Mitte April zu erstellenden nationalen Reformprogramme ein, welche wiederum die Grundlage für die neuen länderspezifischen Empfehlungen bilden, die die Kommission dann im Mai vorlegen wird.

Weltfrauentag 2018: EU bekräftigt ihr Engagement für die Gleichstellung

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März haben 14 EU-Kommissarinnen und Kommissare eine gemeinsame Erklärung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa und der ganzen Welt unterzeichnet. In der Erklärung wird angemahnt, dass die Chancengleichheit von Frauen und Mädchen noch nicht in allen Lebensbereichen verwirklicht sei und dass besonders beim Zugang zu Bildung, hinsichtlich des gleichen

Entgelts für gleiche Arbeit, dem Zugang zu Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik sowie in punkto eines effektiven Gewaltschutzes Handlungsbedarf bestehe. Vor diesem Hintergrund habe die Kommission neue Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von erwerbstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen und einen Aktionsplan zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles vorgelegt.

EU-Kommission treibt Europäische Säule sozialer Rechte voran

Die Europäische Kommission hat am 13. März ihre ersten Initiativen zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) präsentiert. Sie schlägt neben der Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde vor, den Zugang zu Systemen der sozialen Sicherung zu verbessern. Dabei geht es vor allem darum, Selbständige und Angestellte einzubeziehen, die bisher von diesen Systemen schlecht oder gar nicht erfasst werden. Unter anderem gelte es, die Übertragung von Sozialversicherungsansprüchen bei Arbeitsplatzwechseln zu erleichtern und klare Informationen über Sozialversicherungsansprüche und -verpflichtungen anzubieten.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission außerdem eine Arbeitsunterlage veröffentlicht, in der der Rechtsrahmen für jeden der 20 Grundsätze der ESSR in Erinnerung gerufen und auf die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche eingegangen wird. Darin wird unter anderem auch für die Prinzipien 2 (Gleichstellung der Geschlechter), 9 (Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben) und 11 (Betreuung und Unterstützung von Kindern) ausführlich dargestellt, welche EU-Vorschriften und Maßnahmen es bereits gibt, welche Veränderungen durch die ESSR angestoßen werden sollen und welche Initiativen aktuell laufen.

- [Zum Arbeitsdokument „Monitoring the implementation of the European Pillar of Social Rights“](#) 

Europäisches Parlament fordert Umsetzung der Istanbulkonvention

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit am 13. März in einer Plenardebatte zur Istanbulkonvention sein Bedauern ausgedrückt, dass elf EU-Mitgliedstaaten die Istanbulkonvention des Europarats bisher nicht ratifiziert haben. Dabei handelt es sich um Bulgarien, Griechenland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und das Vereinigte Königreich. Die Istanbulkonvention ist ein internationaler Vertrag mit dem Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und einen europaweit einheitlichen Rahmen für die Prävention von Gewalt, den Schutz von Opfern und die Verfolgung der Täter zu schaffen.

Spielzeug führt EU-Liste gefährlicher Produkte an

Die Kommission veröffentlichte am 12. März ihren jährlichen Bericht über das EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte. Dem Bericht zufolge übermittelten die nationalen Behörden 2017 über das Schnellwarnsystem mehr als 2.000 Warnmeldungen über gefährliche Produkte. Dabei entfiel die größte Anzahl an Warnmeldungen auf Spielzeug (29 Prozent), gefolgt von Kraftfahrzeugen (20 Prozent) sowie Bekleidungs-, Textil- und Modeartikeln (12 Prozent). Bei den gemeldeten Risiken lagen im Jahr 2017 die

Verletzungsrisiken an erster Stelle (28 Prozent), gefolgt von chemischen Risiken (22 Prozent). Die meisten gemeldeten gefährlichen Produkte stammten aus Ländern außerhalb der EU, häufigstes Ursprungsland ist China.

Dreigliedriger Sozialgipfel zur Europäischen Säule Sozialer Rechte

Der dreigliedrige Sozialgipfel am 21. März, bei dem sich die Präsidenten der EU-Institutionen mit den Europäischen Sozialpartnern trafen, widmete sich der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) und ihrem Beitrag zur Aufwärtskonvergenz in der EU. Die Diskussionen drehten sich um die Themen Innovation, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit im Mehrjährigen Finanzrahmen sowie neue Arbeitsformen und die aus ihnen resultierenden Herausforderungen und Chancen für den sozialen Dialog. Von Arbeitnehmerseite wurde betont, dass die in der ESSR verankerten Rechte in die länderspezifischen Empfehlungen, in den EU-Haushalt, in die nationalen Gesetzgebungen und in zukünftige Tarifverträge Eingang finden müssten. Von Arbeitgeberseite wurde hingegen der Fokus darauf gelegt, dass man die Wirtschafts- und Währungsunion weiter vertiefen sowie eine echte Industriestrategie entwickeln müsse, um die Wirtschaftsentwicklung weiter zu stärken.

Kommission will verstärkt gegen illegale Online-Inhalte vorgehen

Die EU-Kommission hat am 1. März eine Reihe operativer Maßnahmen vorgeschlagen, die von Online-Plattformen und den Mitgliedstaaten zu ergreifen seien, um eine rasche und proaktive Erkennung und Entfernung illegaler Online-Inhalte zu gewährleisten, einschließlich eventueller Legislativmaßnahmen zur Ergänzung des bestehenden Rechtsrahmens. Diese Empfehlungen gelten für alle Formen illegaler Inhalte: terroristische Inhalte, Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern, Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen auch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Strafverfolgungsbehörden verbessern. Dabei geht es unter anderem darum, dass klare Melde- und Abhilfeprozesse geschaffen werden.

EU-Schulprogramm: Milch, Obst und Gemüse kostenlos für über 30 Millionen Kinder in der EU

Die EU stellt jedes Jahr 150 Mio. Euro für Obst und Gemüse und 100 Mio. Euro für Milch und Milcherzeugnisse für die Schulkinder in der EU zur Verfügung. Mitte März hat die EU-Kommission die Berichte zum Schuljahr 2016/2017 veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass in diesem Zeitraum über 12 Millionen Kinder am EU-Programm für Schulobst und -gemüse und rund 18 Millionen Kinder am EU-Schulmilchprogramm teilgenommen haben. Im Schuljahr 2016/2017 waren Äpfel die am weitesten verbreitete Frucht, gefolgt von Birnen, Pflaumen, Pfirsichen, Nektarinen, Orangen, Erdbeeren und Bananen. Karotten, Tomaten, Gurken und Paprika waren die beliebtesten Gemüse. Die pädagogischen Maßnahmen umfassten Ausflüge zu Bauernhöfen, Schulgärten, Kochkurse und -wettbewerbe, Unterricht mit

Ernährungsberatern, Spiele und mehr. Milch, aromatisierte Milch und fermentierte Milcherzeugnisse wie Joghurt waren die beliebtesten Kategorien des Milchprogramms.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Finland stärkt Regenbogenfamilien

Am 28. Februar hat das finnische Parlament einem Gesetzentwurf zugestimmt, der automatisch die Lebenspartnerin einer lesbischen Frau als Co-Mutter anerkennt, wenn diese ein Kind durch künstliche Befruchtung zur Welt bringt. Das Gesetz betrifft Paare, bei denen sich eine Partnerin mit Hilfe einer Samenbank befruchten lässt. Derzeit muss die andere Frau das Kind in einem langwierigen und teuren Prozess adoptieren, um als zweiter Elternteil anerkannt zu werden. Die Gesetzesänderung geht auf eine Bürgerinitiative zurück. In Finnland muss eine Bürgerinitiative im Parlament zum Thema gemacht werden, wenn sie innerhalb von 6 Monaten 50.000 Unterzeichner/innen findet.

Schweiz verlängert Entgeltersatz für Mütter bei Klinikaufenthalt des Neugeborenen

Die Schweizer Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Mütter, deren Kind nach der Geburt mehr als drei Wochen im Krankenhaus bleiben muss, für einen um bis zu 56 Tage verlängerten Zeitraum Mutterschaftsentschädigung erhalten können. Diese Entgeltersatzleistung wird in der Regel in den ersten 14 Wochen nach der Geburt eines Kindes gezahlt. Bisher konnte der Anspruch nur verschoben, nicht verlängert werden. Dies stellte für die betroffenen Mütter ein finanzielles Problem dar, da sie aufgrund des Mutterschutzes in den ersten acht Wochen nach der Geburt nicht erwerbstätig sein dürfen, um den Aufschub der Mutterschaftsentschädigung kompensieren zu können.

Weitere Nachrichten

Europarat erneuert Gleichstellungsstrategie

Am 7. März hat das Ministerkomitee des Europarates die neue Gleichstellungsstrategie 2018-2023 verabschiedet. Die Strategie bekräftigt die Verpflichtung, sich den aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen zu stellen und Hindernisse für die Verwirklichung einer substanziellen und vollständigen Gleichstellung der Geschlechter zu beseitigen – sowohl in den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Verwaltung und der Gremien des Europarats selbst. Im Mittelpunkt stehen sechs strategische Bereiche: Verhütung und Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Sexismus; Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt; Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zur Justiz; Gewährleistung einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern an politischen und öffentlichen Entscheidungen; Schutz der Rechte von Migrantinnen und Migranten,

Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie Verwirklichung des Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen und Maßnahmen. Die Strategie wird auf der von der dänischen Präsidentschaft des Ministerkomitees am 3. und 4. Mai 2018 in Kopenhagen veranstalteten Konferenz „*Gender Equality: Paving the Way*“ vorgestellt.

Berichte und Studien

Bericht zur Beteiligung von Vätern an Familienarbeit in Europa

Ein neuer Bericht der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa befasst sich mit der Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit in acht europäischen Ländern (Deutschland, Estland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden, Slowenien, Tschechische Republik). Die leitende Fragestellung lautete: Welche Maßnahmen und Instrumente fördern wirksam eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit und welche Instrumente haben die untersuchten Staaten bereits eingeführt? Der Bericht zeigt unter anderem auf, dass für eine partnerschaftliche Neuverteilung von Familienarbeit zwischen den Partnern verschiedene Faktoren eine Rolle spielen: finanzielle Ressourcen, Werte und Normen sowie politische Rahmenbedingungen. Für Väter reservierte Elternzeiten könnten dabei als Türöffner dienen, da sie an einer entscheidenden Stelle im Lebensverlauf ansetzen: Der Geburt des (ersten) Kindes, mit dem die Familienarbeit schlagartig ansteigt und ab der an häufig die Mütter in einen Großteil der Familienarbeit übernehmen, während Väter weiter erwerbstätig sind. Viele Staaten hätten Elemente von Väterezeiten eingeführt und damit gute Erfahrungen gemacht.

➤ [Zum Bericht](#) 

Geschlecht und Armut in Europa – Bericht des Europäischen Netzwerks gegen Armut

Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März hat das Europäische Netzwerk zur Armutsbekämpfung (EAPN) seinen neuen Bericht „*Gender and Poverty in Europe*“ vorgestellt. Darin heißt es, Armut und Geschlechterungerechtigkeit seien zwei Formen sozialer Ungerechtigkeit, die die Menschenrechte, das Wohlergehen des Einzelnen sowie seine Fähigkeit, sein volles Potenzial im Leben zu entfalten, untergraben. Trotz der Bemühungen um Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter seien Frauen in Europa nach wie vor unterprivilegiert und daher stärker von Armut bedroht. Es sei wichtig, geschlechtsspezifische Aspekte von Armut aufzuzeigen, um sie besser verstehen und geeignete Gegenmaßnahmen entwickeln und vertreten zu können

➤ [Zum Bericht](#)  

UNICEF-Bericht „Progress for Every Child in the SDG Era“

UNICEF hat den ersten Band einer geplanten Berichtsreihe veröffentlicht, die die Fortschritte bei den kinderbezogenen Indikatoren in den Zielen der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) verfolgen soll. Anhand von

Prognosen bis 2030 zeigt der Bericht Bereiche auf, in denen politische Anstrengungen erforderlich sind. Er untersucht auch Trends bezüglich bestimmter zu vergleichender Gruppen – Mädchen und Jungen oder Kindern in städtischen und ländlichen Gebieten –, um herauszufinden welche Kinder am stärksten benachteiligt werden.

- [Zum Bericht](#) 

ETUI-Report „Benchmarking Working Europe 2018“

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI hat seinen jährlichen Bericht „Benchmarking Working Europe“ vorgelegt, der sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit der Frage befasst, ob die Europäische Union auf dem Weg zu einer Konvergenz der Arbeitswelten ist. Der Bericht verwendet dabei ein mehrstufiges und mehrdimensionales Indikatorenset und kommt zu dem Schluss, dass trotz des erneuten Wirtschaftswachstums die Einnahmen aus diesem Wachstum ungleich verteilt seien und strukturelle Probleme in den Bereichen Bildung und Infrastruktur nicht angegangen würden. So bliebe auch das ernste Problem der Jugendarbeitslosigkeit weiter bestehen. Ein großer Teil des Beschäftigungswachstums in Europa baue außerdem auf prekärer Arbeit auf.

- [Zum Bericht](#) 

ETUI-Arbeitspapier zur Entwicklung des Sozialen Europas

Ein neues Arbeitspapier des Europäischen Gewerkschaftsinstituts ETUI untersucht die Entwicklung hin zu einem Sozialen Europa anhand von Daten der Beobachtungsstelle der Europäischen Institutionen (OEI) einerseits und ETUI-Daten zu Rechtsakten im Bereich der europäischen Sozialpolitik andererseits. Das Papier kann so Phasen der Beschleunigung, Verlangsamung und Stagnation des sozialen Europas aufzeigen sowie seine Eigenheiten und Ähnlichkeiten im Vergleich zu anderen Politikbereichen herausarbeiten.

- [Zum Arbeitspapier](#) 

EPIC gibt Überblick zu Deinstitutionalisierung

Deinstitutionalisierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, also der Übergang von einer Betreuung in Heimen hin zur Unterbringung in Wohngruppen auf Gemeindeebene oder Pflegefamilien, gilt als eine der zentralen Zielsetzungen kinder- und jugendpolitischer Akteure in Europa. Die Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (EPIC) stellt die Entwicklungen der vergangenen Jahre dar und informiert über aktuelle Initiativen.

- [Zum Themenüberblick bei EPIC](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
10. Apr. 2018 Brüssel, Belgien	Fostering Gender Equality in the Workplace: Developing Inclusive Labour Markets for Women Across	Public Policy Exchange
17. Apr. 2018 Brüssel, Belgien	ETUI Monthly Forum: Is the European Union ready to commit on work-life balance?	European Trade Union Institute (ETUI)
18.-20. Apr. Edinburgh, Großbritannien	8th European Conference for Social Work Research: Social Work in Transition. Challenges for Social Work Research in a Changing Local and Global World	European Social Work Research Association (ESWRA)
3.-5. Mai 2018 Berlin, Deutschland	Parental life courses after separation and divorce	Hertie School of Governance
24. Mai 2018 Brüssel, Belgien	Fighting Poverty and Social Exclusion in Europe: Promoting an Equal, Open and Inclusive Society	Public Policy Exchange
28.-30. Mai 2018 Sevilla, Spanien	26th European Social Services Conference (ESSC) „Invest-Innovate- Transform: Empowering people and communities“	ESSC
28.-30. Mai 2018 Paris, Frankreich	World Congress on Justice for Children	UNESCO
6.-9. Juni 2018 Brüssel, Belgien	European Population Conference	European Association for Population Studies
2.-5. Sep. 2018 Prag, Tschechien	International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect (IPSCAN) 2018 conference „Child Protection in the Changing World“	IPSCAN
3.-6. Sep. 2018 Comer See, Italien	Postponement of Parenthood	MPG, LSE, Bocconi University
5.-8. Sep. 2018 Porto, Portugal	9th ESFR Conference „Families through the lens of diversity“	European Society on Family Relations (ESFR)
29.-31. Oktober Opatija, Kroatien	Building a better Europe with children: All aboard!	Eurochild

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend